

## Geschichte des Museums von 1884 bis 1912<sup>1</sup>

Von Brigitte Rüster, Halle (Saale)

Mit Tafeln 15—17

Die Gründung des Museums für heimatliche Geschichte und Altertumskunde der Provinz Sachsen vor hundert Jahren ist dem Bemühen vieler heimatkundlich interessierter Persönlichkeiten zu danken, die das Material, das im 19. Jahrhundert zusammengetragen worden war, in einem Museum „nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten von sachverständiger Hand aufgestellt sehen wollten, so daß die wissenschaftliche Benutzung weiteren Kreisen zustatten käme“ (Klopfleisch 1878, S. 11). Die Möglichkeiten zur Verwirklichung dieser Pläne waren gegeben durch das am 8. Juli 1875 erlassene Dotationsgesetz, mit dem der Provinzialverwaltung die Pflege wissenschaftlicher und allgemein geistiger Bestrebungen zur Pflicht gemacht wurde. Es sah die Verwendung einer bestimmten Summe für „Leistungen von Zuschüssen für Vereine, welche der Kunst und Wissenschaft dienen, desgleichen für öffentliche Sammlungen, welche diese Zwecke verfolgen“ vor und bereitete so den Boden für die geschichtlichen Bestrebungen in der Provinz Sachsen. Eine Historische Kommission, die die leistungsstärksten Geschichtsvereine der Provinz zu gemeinsamem Wirken vereinte, wurde von der Provinzialverwaltung eingesetzt. Sie ermöglichte den Beginn einer planmäßigen wissenschaftlichen Forschungsarbeit (Giesau 1926, S. 377 f.).

Den äußeren Anlaß für die Bildung der Historischen Kommission gab ein Antrag des Thüringisch-Sächsischen Vereins für Geschichte und Altertumskunde an den Landtag, in dem der Vorsitzende um Unterstützung bei der besseren Unterbringung der Sammlungen und um regelmäßige Zuwendungen bat. Als Gutachter und Referenten für das Plenum bestellte der Provinzialausschuß den Bürgermeister G. Brecht aus Quedlinburg, der bei dieser Gelegenheit zum erstenmal als Anwalt geistiger Bestrebungen in der Provinz auftrat. Er setzte sich für die Bildung der Historischen Kommission und für großzügigste Unterstützung ihrer Arbeit ein, und bis zu seinem Tode war er der unermüdlichste Vertreter der Interessen der Historischen Kommission und des Provinzialmuseums gegenüber Provinzialausschuß und Landtag (Giesau 1926, S. 377 ff.).

In einem Plan zur Förderung der geschichtlichen Bestrebungen von 1876 hatte der Gesetzgeber im § 5 der Historischen Kommission die Förderung der vorgeschichtlichen Forschungen und die Mitwirkung an der Gründung eines Provinzialmuseums vorgeschrieben. So bemühten sich von Anfang an die Kommissionsmitglieder neben ihren vielfältigen Forschungsarbeiten, zu denen die Veröffentlichung von Geschichtsquellen, die Herausgabe eines Geschichtsatlasses, die Beschreibung der Bau- und Kunstdenkmäler u. a. gehörten,

<sup>1</sup> Die Grundlage für diese Bearbeitung bildeten in erster Linie die Sitzungsprotokolle der Historischen Kommission und des Verwaltungsausschusses sowie das im Museum vorhandene Archivmaterial.

um eine Museumsgründung. Der Thüringisch-Sächsische Verein erklärte sich bereit, seine Sammlungen einem neu zu schaffenden Provinzialmuseum zu übereignen, unter der Bedingung, daß es in Halle bliebe, da der Verein seit 1826 an die Universität gebunden war. Das reichhaltige Material, das seit 1825 höchst unzulänglich in einem Raum in der Neuen Residenz am Domplatz untergebracht und von wechselnden Beauftragten des Vereins betreut worden war, die in Merseburg lagernden Bestände des Provinzialverbandes, eine große Privatsammlung und Erwerbungen und Funde von Grabungen, die im Auftrag der Historischen Kommission durchgeführt worden waren und von denen besonders die Funde von Leubingen zu erwähnen sind, ergaben einen reichen Grundstock für ein Museum. Die kleineren Vereine der Provinz waren nicht bereit, ihre Sammlungen zur Verfügung zu stellen, da sie diese als Eigentum der Städte betrachteten, und auch die Altertumsammlungen lehnten eine Abgabe ab (Schmidt 1894, S. 6 f.). Den Wert der dem Museum übergebenen Bestände dokumentiert eine Feuerversicherungspolice, in der für die Sammlung des Provinzialverbandes 6 330 M, für die des Thüringisch-Sächsischen Vereins 19 500 M angegeben wurden.

Als Heimstatt für das künftige Museum wählten die Kommissionsmitglieder Halle gegen die Bewerbungen von Magdeburg und Halberstadt. Sie stimmten darin überein, daß ein Provinzialmuseum nur in einer Universitätsstadt wirklich nutzbar gemacht werden könne. Große Unterstützung erfuhren ihre Bemühungen durch die preußische Regierung und die Universität Halle, die sich bereit erklärten, einen Flügel der ehemaligen erzbischöflichen Residenz (Taf. 15), in dem bislang die Frauenklinik untergebracht war, für 30 Jahre mietfrei zur Verfügung zu stellen (Giesau 1926, S. 386). Die Kosten für die Unterhaltung des Gebäudeteiles einschließlich des äußeren Abputzes sollte der Provinzialverband tragen, während die Universität den größten Teil der Reparaturen des Daches übernahm.

Für den Umbau zu Museumszwecken war eine einmalige Summe von 15 500 M veranschlagt worden, die die Abgeordneten des Landtages in der ersten Lesung 1880 zur Ablehnung bewog. Die jährliche Beihilfe von 5 000 M, die für die Arbeit der Historischen Kommission aufgewendet wurde (zum Vergleich: in Hannover betrug die ausgesetzte Summe 30 000 M, in Schlesien 90 000 M) (Giesau 1926, S. 380), erschien ihnen völlig ausreichend für die Pflege geistiger Interessen, sie fürchteten Mehrausgaben und immer höhere Forderungen. Erst der Verzicht auf bauliche Veränderungen und die Bescheidung auf das zur ersten Einrichtung unbedingt Notwendige, die die Kosten auf 6 000 M senkten, brachten 1882 den Erfolg, der zum nicht geringen Teil der überzeugenden Rede des Bürgermeisters G. Brecht zu verdanken war (Schmidt 1894, S. 7 f.).

Es verging noch fast ein Jahr, ehe die Räume übergeben und der „Vertrag über die Nutzung der ehemaligen Frauenklinik für Museumszwecke“ mit dem Provinzialverband abgeschlossen werden konnte. Über die Bestimmungen zur Unterhaltung und Reparatur des Gebäudeteiles durch den Nutzer hinaus forderte die Universität, das Museum an zwei Tagen in der Woche von 8.00 bis 18.00 Uhr für Universitätszwecke freizuhalten, ohne andere Besucher zu berücksichtigen. Ob diese Tage rege genutzt wurden, geht aus keinem Bericht hervor. Außerdem behielt sich die Universität das Recht vor, die Räume schon vor Ablauf der 30 Jahre zurückzufordern, eine Klausel, die Anfang des 20. Jahrhunderts die Verhandlungen über einen Neubau rascher vorantrieb, da tatsächlich eine vorfristige Kündigung angezeigt wurde.

Der Südflügel der Neuen Residenz nahm in drei Räumen mit einem Gewölbebogen im Erdgeschoß und 10 Räumen im 1. Stock (502 m<sup>2</sup>) (Taf. 16) das zukünftige „Museum für heimatliche Geschichte und Altertumskunde der Provinz Sachsen“ auf, dem mit einem Jahresetat von 3000 M bescheidene Möglichkeiten der Entwicklung gegeben waren.

Mit der Übernahme der Sammlungen und der Schaffung einer Verwaltungseinrichtung in der Residenz wurde 1883 der Konservator des Weißenfeler Altertumsvereins, Oberst a. D. H. von Borries (Taf. 6) durch die Historische Kommission betraut (Schmidt 1894, S. 8). Er hatte sich nach seiner aktiven Militärzeit 1872 in Weißenfels niedergelassen und dort als unbesoldeter Stadtrat durch seine Aktivitäten, vor allem im Altertumsverein und im Verschönerungsverein, deren Gründung auf seine Anregung zurückgeht, große Verdienste erworben. Besonderen Wert maß er den Ausgrabungen bei, die er für den Weißenfeler Altertumsverein und für die Historische Kommission in seiner Heimat durchgeführt hatte und die er am Museum auch weiterhin zu seinen wichtigsten Aufgaben zählte (Helmolt 1904, S. 164).

Die Sammlungsbestände des Provinzialverbandes wurden im Sommer 1883 von Merseburg nach Halle überführt und vom Vertreter der Historischen Kommission Prof. Dr. F. Klopffleisch dem zukünftigen Museum übergeben. Sie befanden sich gleich denen des Thüringisch-Sächsischen Geschichtsvereins in einem beklagenswerten Zustand. Es existierten kaum Fundortangaben, geschlossene Komplexe waren auseinandergerissen, der größte Teil war zusammengetragen nach der zu jener Zeit üblichen Methode des Nur-Sammelns einzelner Stücke. Das minderte den wissenschaftlichen Wert dieser alten Bestände beträchtlich. Einzig die Funde aus den Grabungen der Historischen Kommission, von Fachleuten wie F. Klopffleisch, H. von Borries, J. Schmidt durchgeführt, hoben sich heraus durch ihren sachgemäßen Zustand.

Über die Konzeption der Ausstellung der vorgeschichtlichen Abteilung, die von Anfang an den Schwerpunkt der Museumsarbeit bildete, berieten die Mitglieder der Historischen Kommission mit H. von Borries und Landesrat von Wintzingerode-Knorr. H. von Borries schlug eine Einteilung in 17 Gruppen nach orographischen und hydrographischen Gesichtspunkten vor. Als Abgrenzungskriterien wollte er die verschiedenen Typen der Artefakte sehen. Dagegen regte von Wintzingerode-Knorr eine Einteilung in 5 bis 7 lokale Gruppen an, deren Grenzen zweckmäßigerweise Gebirge oder Flüsse bilden sollten. Er empfahl die Trennung von Skelettresten und ihre Anordnung nach Fundorten in einem gesonderten Raum. Man einigte sich am 2. Februar 1884 in einer abschließenden Verhandlung auf eine recht formale Einteilung vorwiegend nach Quellgebieten der Flüsse (Schmidt 1894, S. 9 f.):

#### A. Vorgeschichtliche Altertümer

- a. Gegenstände, deren Fundorte bekannt und innerhalb der Provinz Sachsen gelegen sind.
  - I. Gegenstände, deren Fundorte in den Quellgebieten der Werra und der Unstrut sowie in den landrätlichen Kreisen Schleusingen und Ziegenrück gelegen sind.
  - II. Gegenstände, deren Fundorte im Quellgebiet der Saale (ausschließlich des der Unstrut) gelegen sind.
  - III. Gegenstände, deren Fundorte nördlich des Quellgebietes der Saale links der Elbe gelegen sind.
  - IV. Gegenstände, deren Fundorte im Quellgebiete der Mulde und Elbe südlich des Flämings gelegen sind.
  - V. Gegenstände, welche rechts der Elbe nördlich des Flämings gefunden sind.
- b. Gegenstände, welche innerhalb der Provinz Sachsen gefunden, deren Fundorte jedoch nicht genau bekannt sind.
- c. Gegenstände, deren Fundorte außerhalb der Provinz gelegen sind.

#### B. Gegenstände aus historischer Zeit

Bereits einen Monat nach dieser Beschlußfassung mußte die Abteilung zur Übergabe an die Historische Kommission aufgebaut sein, und am 21. März 1884 öffnete das erste Provinzialmuseum in Halle seine Pforten. Von den sieben für die Vorgeschichte bestimmten Räumen konnten vorerst vier besichtigt werden. Am gleichen Tag trat die Museumsordnung in Kraft, die die Aufgaben des Museums festlegte, „die ihnen am 27. Februar 1884 von der Verwaltung des Provinzialverbandes der Provinz Sachsen überwiesenen und allmählich zu erweiternden Bestände an Altertümern, Kunstgegenständen und Münzen vor dem Untergang zu bewahren und sie so aufzustellen, daß dadurch die Entwicklung der Gesittung innerhalb der Heimatprovinz in ihrem geschichtlichen Gange erkennbar wird, und sie der Forschung im weitesten Umfange zugänglich zu machen. Die Bestände werden vermehrt durch Geschenke, Ankauf, Tausch, Nachbildung, Zeichnung sowie durch Ausgrabungen und Übernahme zur Aufbewahrung unter Vorbehalt des Eigentumsrechts seitens des Besitzers“ (Schmidt 1894, S. 9). Die dazugehörigen Verwaltungsbestimmungen befaßten sich mit dem von der Historischen Kommission für die Verwaltung des Museums eingesetzten Sonderausschuß, in dem die drei leitenden Herren der Historischen Kommission in gleicher Verantwortlichkeit tätig waren, Prof. Dr. Dümmler als Vorsitzender, den 1890 nach seinem Weggang aus Halle Prof. Dr. Lindner ablöste, Prof. Dr. Schum als Schriftführer und Bürgermeister Dr. Brecht als Vertreter des Provinzialausschusses. Außerdem gehörten ihm 4 bis 6 für jeweils drei Jahre berufene sachverständige Einwohner der Provinz an. Es sind hervorzuheben Dr. Julius Schmidt und Pastor Bärthold (ab 1884), Major a. D. Dr. Förtsch (ab 1892), Prof. Dr. Größler aus Eisleben (ab 1893), Prof. Dr. Höfer aus Wernigerode (ab 1899), Berg- und Hüttendirektor a. D. Reuß (ab 1903) und Prof. Dr. Kupka aus Stendal (ab 1911).

Zur unmittelbaren Leitung des Museums wurde dem Ausschuß ein Museumsdirektor beigegeben, der in Halle wohnen mußte. Er wurde auf Antrag des Museumsausschusses durch den Landeshauptmann ernannt. Der Direktor arbeitete im Rahmen des Haushaltsvoranschlages des Museumsausschusses selbständig, bei Ausgaben über 100 M mußte er die Genehmigung des Vorsitzenden einholen, der auch über Dienstreisen und Urlaubsansprüche entschied. Hauptaufgabe war die wissenschaftliche Ordnung, sachgemäße Aufstellung und Erhaltung der Bestände, die Vergrößerung der Sammlung und Kontaktaufnahme mit Museen anderer Provinzen zur Gewinnung von Abbildungen, Kopien oder Tauschgegenständen. Zu seinen weiteren Pflichten gehörten die Abfassung eines Jahresgeschäftsberichtes für die Historische Kommission und eine umfassende Werbetätigkeit. In allen großen Zeitungen der Provinz waren halbjährlich Mitteilungen über Neuerwerbungen und Geschenke mit Angabe der Namen der Spender zu veröffentlichen und damit um Verständnis und Unterstützung für die Arbeit des Museums zu werben. Der Direktor gehörte nicht dem Verwaltungsausschuß an, ihn zu den jährlich durchgeführten Sitzungen einzuladen stand im Ermessen des Vorsitzenden. Bei Teilnahme hatte er eine nur beratende Stimme, konnte aber ebenso wie die Mitglieder verlangen, daß ein von ihm zu benennendes Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt wurde. Die scheinbar eingeschränkte Bewegungsfreiheit des Direktors darf nicht zu dem Trugschluß verleiten, für ungehinderte und freie Tätigkeit sei kein Raum gewesen. Die Historische Kommission und der Verwaltungsausschuß verstanden sich nicht als Kontrollorgan, ihre Interessen deckten sich in dem gemeinsamen Ziel, ein Museum für heimatliche Geschichte und Altertumskunde zu schaffen, das als Forschungs- und Bildungsstätte für die Bewohner der Provinz und ihre Gäste diene.

Von 1884 bis 1912 wurde das Museum von fünf Direktoren geleitet, unter denen nur Dr. O. Förtsch, Sachkenntnisse durch ein direktes Studium erworben hatte. Es waren

Oberst a. D. H. von Borries (16. 7. 84 bis 30. 6. 90), Dr. J. Schmidt (1. 7. 90 bis zu seinem Tode am 14. 10. 1897), Dr. R. Kautzsch (1. 1. 98 bis 30. 11. 98), Dr. O. Förtsch (1. 1. 99 bis zu seinem Tode am 22. 10. 05), Berg- und Hüttendirektor a. D. K. Reuß (13. 6. 06 bis 31. 7. 12).

Oberst a. D. H. von Borries sah in der Ausgrabungstätigkeit auch während seiner Tätigkeit als Museumsdirektor eine seiner Hauptaufgaben. Im Hause begann er mit der Anfertigung eines systematischen Verzeichnisses aller vorhandenen Bestände, die in der vorgeschichtlichen Abteilung etwa 5 000 Stücke umfaßten, in einem Haupt- und einem Zettelkatalog. Die Zu- und Abgänge wurden in einem Inventurkatalog festgehalten, jedes Stück bekam eine Eingangsnummer.

1885 wurde in der Ausschußsitzung beschlossen, mit den in der Provinz befindlichen Altertumssammlungen Verbindung aufzunehmen, ein Vorschlag von J. Schmidt, der eine organische Bindung des Museums als Zentrum mit den kleineren Sammlungen als den Gliedern herzustellen bemüht war. Zu diesem Zweck wurden Fragebögen an die Landräte, Magistrate und Ortsverbände versandt, um einen Überblick über das in der Provinz in Museen und in Privatsammlungen vorhandene Material an kunst- und vorgeschichtlichen Stücken zu gewinnen (Giesau 1926, S. 388). J. Schmidt begann 1890, die Sammlungen in der Provinz systematisch für das Museum aufzunehmen. Als Grundlage diente ihm die Übersicht, die durch die Beantwortung der Fragebögen gewonnen wurde. Er bereiste jahrelang die Provinz und suchte selbst kleinste Sammlungen auf, von denen allerdings manche auch schon spurlos verschwunden waren. Wichtige Stücke ließ er für das Museum nachbilden. Dabei bediente er sich häufig der Hilfe des Römisch-Germanischen Zentralmuseums Mainz, das seit 1884 mit dem Museum enge Kontakte hatte.

Das Verhältnis des Provinzialmuseums zu Sammlungen und Vereinen war recht problematisch. Es hatte das Bestreben, sich allmählich zu einer „Zentralauskunftsstelle“ über alle in seinen Bereich fallende Fragen zu entwickeln, doch gab es auf der Gegenseite Vorbehalte, die Vereine fürchteten Einschränkungen und Gefahren für ihre weitere Existenz. Die „Grundsätze für das Zusammenwirken des Provinzialmuseums mit den Vereinen für Geschichte und Altertumskunde“ vom 16. Juni 1895 boten den Vereinen zur „Förderung der gemeinschaftlichen Bestrebungen“ als Leistungen des Provinzialmuseums Rat und Hilfe bei der Bestimmung, Bergung und Konservierung von vorgeschichtlichen Gegenständen, Lieferung der „Mitteilungen“, Möglichkeiten der Veröffentlichung, Tauschverkehr mit Duplikaten oder Nachbildungen. Dafür hatten die Vereine ihre Sammlungen dem Direktor zugänglich zu halten, das Museum über geplante Ausgrabungen zu informieren, die mit Beteiligung des Direktors durchgeführt werden sollten, dessen wissenschaftliche Forschungen zu unterstützen, ihre Fundberichte zur Veröffentlichung an das Museum zu senden, die Sammlungsgegenstände sachgemäß aufzustellen und zu zeichnen und im Falle ihrer Auflösung ihre Sammlungen der Stadt oder dem Provinzialmuseum zu überlassen.

Obwohl Ausgrabungen auf fiskalischem, städtischem und Gemeindebesitz durch zwei Gesetze vom 15. Januar 1886 und vom 30. Dezember 1886 ohne Genehmigung der Staatsregierung verboten waren, mußte sich die Museumsverwaltung allzu oft mit völlig unsachgemäßer „Privatbuddelerei“ auseinandersetzen. Durch den langen Instanzenweg waren Rettungsgrabungen kaum möglich. Dagegen klagten die Provinzialmuseen über das durch diese Verordnungen begünstigte Bestreben einer Konzentrierung der in der Provinz auftretenden Altertümer in den staatlichen Sammlungen in Berlin. Schon 1888 mußte sich der Verwaltungsausschuß mit diesem Problem befassen, das im gesamten Zeitraum von 1884 bis 1912 bestand. Das Königliche Museum für Völkerkunde Berlin unternahm eigene

Ausgrabungen in der Provinz, ohne das Museum wenigstens zu unterrichten, und es erwarb zahlreiche Funde, die der Provinz verloren gingen. Eine allgemeine Vereinigung prähistorischer Museen wollte sich mit diesem Problem befassen. Der Plan zerschlug sich 1906.

Nach dem Vorbild anderer preußischer Provinzen und deutscher Staaten begann H. von Borries mit der Arbeit an einer Karte der prähistorischen Funde in der Provinz, die er für den Kreis Weißenfels während seiner dortigen Tätigkeit bereits angelegt hatte. Als Grundlage dienten ihm Meßtischblätter. Er ging von den Beständen des Museums aus und berücksichtigte im weiteren Verlauf die Vereins- und Privatsammlungen. Die Besitzer waren bei der Fragebogenaktion von 1886 zur Herstellung genauer Verzeichnisse nach dem Muster der Museumskataloge und zum Tauschverkehr mit dem Museum angeregt worden. Es ist jedoch nicht zu verfolgen, ob dieser Bitte nachgegeben wurde.

Um eine Verschleppung von Funden zu verringern und die Meldung von Neufunden zu beschleunigen, versuchte der Museumsausschuß, die Pastoren und Ortsschulzen zur Mitarbeit zu gewinnen, da sie am ehesten Kenntnis von Funden oder Verkäufen erhielten. Diese Bemühungen der Bewahrung und Rettung zogen sich über den gesamten Zeitraum von der Gründung des Museums bis 1912 hin. 1885 gab der Oberpräsident den Ortsbehörden und Baubeamten Anweisungen, Funde unverzüglich dem Museum oder der Provinzialverwaltung zu melden. Die Gewinnung von Vertrauensmännern in allen Teilen der Provinz, mit der der Museumsdirektor 1885 begann, wurde 1886 durch die Historische Kommission erweitert, indem sie Helfer und Förderer der Arbeit des Museums zu „Pfleger“ ernannte und sie mit Ausweisen versah, die ihre Aufgaben bei den Behörden erleichtern sollten. Sie hatten die Interessen des Museums zu wahren und für schnelle Benachrichtigung bei Bodenfunden oder Verkäufen zu sorgen. In einer Geschäftsanweisung wurden Aufgaben und Rechte niedergelegt, auch Kenntnis gegeben von allen für sie in Frage kommenden Gesetzen und Bestimmungen zum Schutze der kulturgeschichtlichen Denkmäler (Schmidt 1894, S. 11). Es wurden aber auch Geschenkgeber oder Persönlichkeiten, die das Museum wiederholt unterstützt oder anderweitig Verdienste um dasselbe erworben hatten, zu Pflegern ernannt — nur war es hier mehr als Auszeichnung zu verstehen. Die Pfleger hatten das Recht, an Ausschußsitzungen teilzunehmen, allerdings ohne beratende Stimme. Zwar klagte J. Schmidt über den geringen Erfolg dieser Bemühungen, aber mit zunehmender Zahl der Pfleger vergrößerte sich die der wirklichen Mitarbeiter. Beispielgebend soll R. Schmidt aus Zörbig genannt werden, der unermüdlich für das Museum warb und zahlreiche Geschenke, Hausgeräte, Urkunden, vorgeschichtliche Gegenstände nach Halle senden konnte. Für die Wertung, mit der zu dieser Zeit vorgeschichtliches Material betrachtet wurde, spricht eine Korrespondenz von J. Schmidt mit dem Pfleger Becker aus Neuseesen, Kr. Wallhausen, der eine zerscherbte Urne anbot. J. Schmidt: „Senden Sie gefälligst die Scherben, falls sich hoffen läßt, daß die Urne sich einigermaßen vollständig zusammensetzen läßt, hierher . . .“, Antwort: „. . . ist derartig in Scherben gehoben, daß eine Zusammensetzung mir unmöglich erscheint und folgedessen die Übersendung meinerseits unterlassen worden ist“ (24. 10. 1891)!

Auch die Wandtafeln, von denen noch berichtet wird, ursprünglich für den Unterricht an Schulen bestimmt, leisteten wertvolle Dienste in der Volksbildung „in der richtigen Erkenntnis, daß von weitesten Kreisen der Bevölkerung Fundmeldungen nur zu erwarten seien, wenn sie durch Anschauung darüber belehrt wurde, was etwa an zu erwartenden Funden in Betracht kam . . .“ (Gummel 1938, S. 240). 1898 gedruckt, wurden sie bald an Behörden, Museen, Förstereien, Bergbehörden zur Veröffentlichung in den Zechenhäusern der Tagebaue und natürlich an alle Pfleger und Mitarbeiter des Museums unentgeltlich

verteilt. Interessierte Privatpersonen konnten sie auch im Buchhandel käuflich erwerben. Trotz dieser weitgreifenden Aufklärungskampagne mußten sich die Verantwortlichen auch weiterhin mit der Zerstörung und Verschleppung wichtiger Funde auseinandersetzen.

Um so höher muß das Eingreifen des Landrates des Saalkreises anerkannt werden, der in einem besonderen Schreiben die Bewohner seines Kreises auf die Bedeutung vorgeschichtlicher Gegenstände und auf Aufgaben und Tätigkeit des Provinzialmuseums aufmerksam machte (Korr.-Bl. 50, 1902, S. 145). Der Museumsausschuß griff dieses Beispiel auf und veranlaßte O. Förtsch, im Herbst des darauffolgenden Jahres, zur Zeit des Pflügens der Äcker, eine Belehrung für die Bewohner an alle Landräte abzusenden. Aus dem Schriftverkehr des Museums geht hervor, daß die Aufklärung der Landbevölkerung nicht ohne Wirkung blieb, es kamen relativ viele Meldungen von Bodenfunden, die bei der Feldbestellung gemacht wurden.

Schwieriger oder unmöglich schien es dagegen, den zahlreichen Antiquitätenhändlern beizukommen, die wertvolle Funde aus der Provinz in fremde Provinzen und Länder verkauften und denen meist finanzielle Möglichkeiten zur Verfügung standen, mit denen das Museum nicht konkurrieren konnte. O. Förtsch sprach 1901 in einem Brief über „Sammelwut, die die Menschheit erfaßte“. Und weiter: Die Althändler schwatzten den Findern die Altertümer ab und verschwänden damit. Sie bildeten einen vollständigen Ring. Gelange doch einmal ein Stück ins Museum, so seien sichere Fundumstände nie zu erfahren. Zudem würden beschädigte Gefäße und Metalsachen meist weggeworfen. Das Provinzialmuseum zahle an die Arbeiter Entschädigungen für Arbeitsausfall und an Finder Finderlohn, der sicher höher ausfalle als die Althändlerpreise. „Etwas den Lokalpatriotismus zu wecken, ist wirklich an der Zeit!“ Die Geschenkgeberliste des Museums verminderte sich auch durch die zunehmende private Sammeltätigkeit und durch die allorts auftauchenden kleinen Museen. Es blieben dadurch wertvolle Altertümer der Kenntnis der Fachleute entzogen und nach dem Tod des Stifters häufig völlig unauffindbar, da sie in alle Winde zerstreut seien (Reuß 1909, S. VII). Erst durch das Ausgrabungsgesetz von 1914 wurden die Bemühungen des Museums durch den Gesetzgeber gestützt, wenn auch nur hinsichtlich der Bodenfunde. Es war ein großer Schritt nach vorn!

Im Jahre 1890 legte H. von Borries sein Amt aus Altersgründen nieder. Zum neuen Direktor wurde das langjährige Mitglied des Museumsausschusses J. Schmidt ernannt (Taf. 7). Von Beruf Bergwerksingenieur, hatte er sich viele Jahre in Süd- und Mittelamerika aufgehalten. Sein dort erworbenes Vermögen gestattete ihm ausgedehnte Studienaufenthalte in den Ländern Süd- und Mitteleuropas, die er vorwiegend für archäologische Forschungen nutzte. 1880 ließ er sich in seiner Heimatstadt Sangerhausen, später kurzzeitig in Nordhausen nieder und widmete sich ganz der archäologischen und heimatkundlichen Forschung unter der Schirmherrschaft der Historischen Kommission. Durch seine Tätigkeit im Museumsausschuß seit 1884 war er gründlich vertraut mit seinen neuen Aufgaben (Dannehl 1899, S. 3 ff.).

J. Schmidt begann mit einer systematischen wissenschaftlichen Ordnung der Bestände und der Museumsarbeit. Die Ordnung nach Flußgebieten in der Ausstellung wurde verändert, da die Erfahrungen der vergangenen Jahre die Schwierigkeiten aufgezeigt hatten, einen bestimmten Gegenstand zu finden; eine rein geografische Anordnung von Nord nach Süd bzw. von West nach Ost bildete das Gerüst der nach Kreisen und Regierungsbezirken zusammengestellten Gegenstände. Dabei stellte sich heraus, daß von den sieben der Vorgeschichte zur Verfügung stehenden Ausstellungsräumen der Regierungsbezirk Merseburg fünf Räume einnahm, während Magdeburg mit nur einem Raum, Erfurt gar mit einem einzigen Schrank auskam (Schmidt 1894, S. 12).

Um den Besuchern die Entwicklung verschiedener Zweige der Technik und des Kunstgewerbes früherer Zeiten zu vergegenwärtigen, begann J. Schmidt, Typensammlungen aufzustellen. Die erste und wichtigste davon war die der Gefäße und der ihnen chronologisch zugeordneten Werkzeuge und Waffen von der Steinzeit an (Giesau 1926, S. 388). Es folgte eine Autographensammlung, eine Zusammenstellung von Schriftproben des 9. bis 18. Jahrhunderts, von Knochengeräten, und allmählich erstand durch diese Typensätze, die Schmidts Nachfolger ausbauten, eine Entwicklungsgeschichte im weitesten Sinne vor dem Besucher; fast alles, was gesammelt wurde, konnte in seinem Werdegang verfolgt werden: Werkzeuge, Schlüssel und Schlösser, Münzen und Siegel, Eßbestecke und Becher, Zaumzeuge, Sporen, Hufeisen und Steigbügel, Waffen, Lampen, Erzeugnisse des Buchdruckes, die Geschichte des Kupferstiches, des Holzschnittes, der Lithographie, der Silhouetten, der Fotografie und verschiedener Zweige der Malerei und Zeichenkunst (Förtsch o. J., S. 8—9).

Der Zettelkatalog wurde wie bislang weitergeführt, aber vervollständigt durch Maße und Zeichnungen der Gegenstände. Farbige Figuren kennzeichneten die Gefäße nach Entstehungszeit oder Typus: schwarze Raute = Steinzeit, goldfarbiger Kelt (Axt) = Bronzeperiode und Hallstattzeit, blaues Dreieck = älterer Latènetypus, hellblaues Dreieck = jüngerer Latènetypus, grüner Halbkreis = Lausitzer (ostgermanischer) Typus, weißer Halbmond = römische Kaiserzeit, roter Kreis = Völkerwanderungszeit, violette Welle = slawischer oder Burgwalltypus (Schmidt 1894, S. 13).

Durch seine langjährige Tätigkeit im Bergbau hatte sich J. Schmidt auch hervorragende praktische Fertigkeiten auf dem Gebiet der Metallbearbeitung angeeignet, die ihn befähigten, die zahlreichen Metallgegenstände fachmännisch aufzuarbeiten und zu konservieren. Sie waren in einem sehr vernachlässigten Zustand, da bis dahin niemand mit ihnen umzugehen wußte, und die Reinigung brachte zahlreiche sehr schöne und wertvolle Stücke zutage. Unter Schmidts Nachfolgern machte sich besonders O. Förtsch die Konservierung vor allem älterer Bestände zur Aufgabe, und es ist auch der viel Zeit beanspruchenden Arbeit dieser zwei Männer zu verdanken, daß die Bedeutung des Provinzialmuseums gegenüber vielen Sammlungen und größeren Museen beträchtlich wuchs.

Von 1890 an wurden neben jährlich erscheinenden Verzeichnissen von Erwerbungen und Geschenkgebern in drei Provinzzeitungen die Jahresberichte des Museums mit einer Liste der Pfleger in 1000 Exemplaren gedruckt. Sie waren bestimmt für die Museen in und außerhalb der Provinz Sachsen, die Mitglieder des Provinziallandtages, die Vorsteher der Städte und Kreise und für die Pfleger. 1894 erschien das erste Heft der „Mitteilungen aus dem Provinzialmuseum zu Halle“, das eine kurzgefaßte Geschichte des Museums und Berichte über Ausgrabungen der Jahre 1890—1893 enthielt. Sie sollten künftig einmal jährlich erscheinen und sich zu einem Zentralorgan für die Bestrebungen auf vorgeschichtlichem Gebiet in der Provinz und zu einer Sammelstelle für eingehende Fundberichte entwickeln. Durch die Überlastung der Direktoren konnte das Vorhaben nicht verwirklicht werden. Es erschienen nur zwei weitere Hefte, 1900 und 1912. Als Erweiterung und Umwandlung der Mitteilungen beschloß der Museumsausschuß die Herausgabe einer „Jahresschrift für die Vorgeschichte der sächsisch-thüringischen Länder“ vom Jahre 1902 an. Sie sollte jährlich erscheinen und „eine Vereinigung der literarischen Tätigkeiten zur Vor- und Frühgeschichte der einzelnen Vereine von Sachsen und Thüringen ermöglichen“ (Korr.-Bl. 49, 1901, S. 18, 179).

In dem Bemühen, in den Schulen wirksam zu werden und den Sinn für die Vorgeschichte der näheren Heimat zu wecken, unterbreitete J. Schmidt der Historischen Kommission 1894 den Vorschlag, für Unterrichtszwecke in Schulen und Gymnasien Wandtafeln her-



stellen und verteilen zu lassen. Da die Aufstellung von Originalstücken in Schulsammlungen kaum durchführbar erscheinen durfte, sollten Zeichnungen von charakteristischen Gegenständen zu einer chronologischen Abfolge zusammengestellt und auf einer Tafel abgebildet werden. Die Arbeit an der Materialzusammenstellung und Vorbereitung nahm all seine Kraft in Anspruch; er bereiste auf der Suche nach geeigneten Stücken die ganze Provinz und legte dem Museumsausschuß einen so umfangreichen Entwurf vor, daß beschlossen wurde, diesen fotografisch verkleinert auf mehreren farbigen Tafeln und mit einem Begleittext in den „Mitteilungen“ erscheinen zu lassen — eine kurzgefaßte Geschichte der aufeinanderfolgenden Entwicklungsabschnitte, die als Handbuch vorgeschichtlicher Gegenstände in der Provinz dienen konnte. Aus dem großen Entwurf sollte er die typischsten Stücke zu einer kleineren farbigen Tafel zusammenstellen, die für die Verteilung an den Schulen bestimmt war. Vorrang sollte die Schulwandtafel haben wegen der Dringlichkeit, mit der sie in den Schulen erwartet wurde (Korr.-Bl. 46, 1898, S. 21).

Nach dem plötzlichen Tod von Prof. J. Schmidt (seine Ernennung zum Professor erfolgte 1894) am 14. Oktober 1897 mußten die Vorlagen von O. Förtsch und R. Kautzsch neu geordnet werden. Der Museumsausschuß entschied sich für nur eine Ausführung als Wandtafel, die 1898 in 6 000 Exemplaren gedruckt und an alle Schulen unentgeltlich verteilt wurde (Korr.-Bl. 48, 1900, S. 47) (Taf. 17).

Zum erstenmal in der Geschichte des Museums wurde es problematisch, das Amt des Museumsdirektors neu zu besetzen. O. Förtsch lehnte ab, die Leitung der Anstalt zu übernehmen seiner vielseitigen sonstigen Ämter und Beschäftigungen wegen. Alle weiteren Bewerbungen erfolgten unter der Voraussetzung, daß das Gehalt (zu dieser Zeit jährlich 2 400 M!) viel höher bemessen sein mußte und daß die Stelle eine wirkliche Beamtung in sich schloße, der Direktor also pensionsberechtigt sei. Dafür bestand aber gar keine Aussicht. Als einziger geeigneter Bewerber erklärte sich der Privatdozent für Kunstgeschichte an der Universität Halle — Wittenberg Dr. Rudolf Kautzsch bereit, auch unter diesen Umständen die Leitung des Museums zu übernehmen, allerdings ohne sich an Ausgrabungen beteiligen zu können (Taf. 8). Er wurde am 1. Januar 1898 zum Direktor ernannt, gab aber bereits zum 30. November des Jahres seine Tätigkeit in Halle auf, um einer Berufung an das neu gegründete Deutsche Buchgewerbemuseum nach Leipzig zu folgen. Sein besonderes Interesse galt neben der Vorgeschichte der Bewahrung der kunsthistorischen Altertümer.

Nachfolger und schon im Jahre 1898 häufiger Vertreter wurde Major a. D. Dr. O. Förtsch, der erste Museumsdirektor, der mit einer Dissertation aus der Vorgeschichte „Die Entstehung der ältesten Werkzeuge und Geräte“ die Doktorprüfung absolviert hatte (Lindner 1905, S. IV) (Taf. 9). Beide Direktoren, R. Kautzsch und O. Förtsch, vertraten die Ansicht, das Museum habe die Pflicht, neben der Vorgeschichte, deren Bewahrung die Arbeit des Museums vorzugsweise gedient habe, die Geschichte der Kunst und des Gewerbes der in der damaligen Provinz vereinigten Gebiete stärker zu berücksichtigen. Dem standen mit 6 000 M jährlich völlig unzureichende Haushaltsmittel entgegen. Der Verwaltungsausschuß beschloß daher in seiner Sitzung vom 9. Juni 1899 in einem Plan, der zukünftig den Erwerbungen für das Museum zugrunde gelegt werden sollte, den Schwerpunkt weiterhin bei der Vorgeschichte zu belassen, „weil für die Ermittlung und Bergung der vorgeschichtlichen Gegenstände am meisten Gefahr im Verzuge sei und weil eben gerade unsere Provinz für die Aufhellung der Kulturanfänge die größte Bedeutung habe“. Die Zunahme der Sammlungen sollte durch zahlreiche Grabungen angestrebt und originale Zeugnisse der Kunst und des Gewerbes nur dann angekauft werden, wenn freie Mittel übrig seien.

Eine Art Höhepunkt wurde die vom 24. bis 27. September 1900 in Halle tagende XXXI. allgemeine Versammlung der deutschen Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte unter der Leitung von Prof. R. Virchow. Lokalgeschäftsführer war O. Förtsch, der auch den einleitenden Vortrag „Über die vor- und frühgeschichtlichen Verhältnisse der Provinz Sachsen“ hielt. Der Versammlung wurde als Festschrift Heft 2, 1900, der „Mitteilungen aus dem Provinzialmuseum der Provinz Sachsen“ überreicht, welches mehrere Berichte über Ausgrabungen in der Provinz enthielt, dazu eine Wandtafel mit den Funden der Provinz (Förtsch 1901, S. 77 ff.). Prof. R. Virchow hob in seiner Schlußrede die Leistungen der Mitarbeiter des Museums hervor und forderte von der Provinzialverwaltung Abhilfe und Unterbringung unter einem eigenen Dach (Virchow 1901, S. 154). Es war das erstmal, daß die bisher geleistete Arbeit in weiten Kreisen Anerkennung fand.

Die zunehmende Enge in den Räumen erschwerte die Arbeit des Direktors mehr und mehr. So ist auch die Ablehnung verständlich, die O. Förtsch trotz seiner Arbeitsüberlastung und der dringenden Notwendigkeit, einen Mitarbeiter einzustellen, 1904 dem Dr. med. H. Hahne erteilen mußte, als dieser eine unentgeltliche Anstellung als Assistent erbat. H. Hahne praktizierte als Nervenarzt in Magdeburg und arbeitete als ehrenamtlicher Leiter der vorgeschichtlichen Abteilung im Museum Magdeburg. Er hatte die Absicht, sich ganz der Vorgeschichte zu widmen und seine Studien in Halle aufzunehmen. Acht Jahre später zog er als Direktor in das neu erbaute Museum ein.

Unter dem Direktorat von O. Förtsch begann der Kampf um die Genehmigung zum Bau eines neuen Museums für die Provinz Sachsen, den nach O. Förtschs plötzlichem Tode am 22. Oktober 1905 sein Nachfolger, der Bergwerks- und Hütten direktor a. D. K. Reuß, fortsetzte (Taf. 10). Er hatte größten Anteil an der Vorbereitung und Zuarbeitung für die Sitzungen des Landtages. Leider ist der Bauplan, den er mit Unterstützung von Landesbaurat Ruprecht aus Merseburg entwarf und vorlegte, in den Unterlagen des Museums nicht aufzufinden. Es wäre interessant gewesen, ihn mit dem Plan des heutigen Museumsbaues zu vergleichen.

Eine Aufstellung der Bestände von 1908 soll verdeutlichen, wie wichtig die Bereitstellung großzügigster Räumlichkeiten in der Tat war:

Prähistorische Bestände	10 517 Stück	1883 übernommen:	4 451 Stück
Historische Bestände	4 103 „	„	549 „
Kirchliche Bestände	330 „	„	57 „
Münzen und Medaillen	5 304 „	„	2 356 „
Siegel etc.	1 628 „	„	1 628 „
Dokumente	584 „	„	—
Bilder und Karten	2 050 „	„	23 „
Handbibliothek	1 736 „		

Wie seine Vorgänger J. Schmidt und O. Förtsch arbeitete auch K. Reuß über sein Wirken am Museum hinaus an der archäologischen Fundkarte von Thüringen mit (Korr.-Bl. 55, 1907, Sp. 331). Die Ausgrabungstätigkeit, seit 1909 von stud. archäol. E. Wahle tatkräftig unterstützt, erbrachte reiche Ausbeute (Korr.-Bl. 57, 1909, Sp. 497). Für die Verwaltungsarbeiten wurde ihm endlich auch ein Bürogehilfe bewilligt. Bislang hatte der seit 1889 im Dienst des Museums stehende Kastellan Heckeroth neben Konservierungs- und Grabungstätigkeit umfangreiche Schreibarbeiten übernehmen müssen.

Aus Altersgründen legte K. Reuß sein Amt zum 1. August 1912 nieder. Nachfolger und Hausherr des neuen Provinzialmuseums wurde Dr. med. H. Hahne. Die wirtschaftliche Situation des Museums in den Jahren zwischen 1884 und 1912 war geprägt von Sparsam-

keit und dem Zwang zur Beschränkung. Im Jahresetat von 3 000 M im Haushaltsplan 1884/85 standen als größte Ausgaben die Gehälter des Direktors mit 1 800 M und des Kastellans mit 500 M. Zieht man die laufenden Kosten für Gebäudeunterhaltung, Heizung usw. ab, so bleiben 500 M, die für Ankäufe, Druckkosten, Konservierungsarbeiten, Bücher, Ausgrabungen und Abformungen zur Verfügung standen. Eine bescheidene Summe von knapp 50 M im Monat.

Mit der Erhöhung des Etats auf 5 000 M im Jahre 1887 sollte der Museumsverwaltung die Möglichkeit gegeben werden, über die bloße Erhaltung des Bestehenden hinausreichende Aufgaben zu lösen durch Grabungen, Ankäufe, Veröffentlichungen und Zusammenarbeit mit den Sammlungen und Museen in der Provinz (Schmidt 1894, S. 11). Entsprechend wurden die Summen für Ausgrabungen mit 500 M, für Ankäufe mit 400 M und für Bücher und Meßtischblätter mit 500 M relativ großzügig eingeplant.

Eine weitere Anhebung des Jahresetats auf 6 000 M ab 1. April 1900 und die zwei Jahre später erfolgte Beamtung des Kastellans Heckerroth — sein inzwischen auf 1 000 M gestiegenes Gehalt wurde fortan vom Provinzialverband gezahlt und konnte von der Ausgabenseite des Museums gestrichen werden — ermöglichten spürbare Erhöhungen der aufzuwendenden Summen; die Mittel für Ankäufe stiegen auf über 1 000 M. 10 000 M wurden dem Museumshaushalt ab 1. April 1908 zugemessen, ein Betrag, von dem durch die gleichzeitige Gehaltserhöhung des Direktors (von 3 000 M auf 4 000 M) und die unvergleichlich hohen Kosten für Reparaturen des Gebäudes nur die Gelder für Ankäufe berücksichtigt werden konnten (Korr.-Bl. 57, 1909, Sp. 497).

Den größten Anteil am Gesamthaushalt hatten die Ankäufe zu verzeichnen. Für sie standen Summen von mindestens 200 M (1893/94) bis höchstens 2 200 M (1908/09) bereit. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß Bodendenkmale noch nicht wie heute volkseigen waren. So mußten häufig vom Museum ausgegrabene Funde den Grundstücksbesitzern abgekauft werden. Für Ausgrabungen wurden zwischen 250 M und 1 500 M zur Verfügung gestellt. Für Besichtigung und Aufnahme anderer Sammlungen sowie Arbeit an den Fundkarten waren zwischen 200 M und 1 000 M eingeplant.

Kleinere Einnahmen ermöglichte der Wiederverkauf von Stücken aus angekauften Sammlungen, die für das Museum ohne Wert waren. Trotz der ständig wachsenden Besucherzahlen — waren es 1 347 1891/92, so konnten 1906 schon etwa 6 000 Besucher gezählt werden — kamen fast keine Eintrittsgelder ein. Von den etwa 6 000 Besuchern des Jahres 1906 zahlten nur 96 Eintritt, da der Museumsbesuch nur zu bestimmten Zeiten gebührenpflichtig war.

Großzügige Förderung der Grabungstätigkeit durch die Stiftung von 6 000 M durch einen haleschen Bürger „zum Zwecke der Ausgrabungen“ 1903 (Korr.-Bl. 51, 1903, S. 141) besserte die finanzielle Lage auf Jahre hinaus und machte Mittel frei für die Herausgabe der Jahresschrift, die nicht unerhebliche Kosten verursachte. Von 500 M im Berichtszeitraum 1902/03 stiegen sie auf 2 000 M im Geschäftsjahr 1911/12.

Da der befristete Mietvertrag mit der Universität die Unterbringung des Provinzialmuseums in der Neuen Residenz nur bis zum Jahre 1913 gestattete, war von Anfang an ein Termin gesetzt für die Übersiedlung in ein anderes Gebäude oder in einen Neubau. Die Räume der Residenz erwiesen sich ohnehin schon sehr bald als völlig unzureichend für die schnell wachsenden Bestände und ganz und gar unzulänglich als Arbeitsstätte eines Museums. In den sehr kleinen Ausstellungsräumen gab es keine künstliche Beleuchtung. Geheizt wurde durch alte eiserne, nicht unbedenkliche Öfen nur zu den Öffnungszeiten des Museums. Durch den krassen Temperaturunterschied litten Schränke und Ausstellungsobjekte gleichermaßen. Gegen die Feuchtigkeit der Mauern, besonders in den Parterre-

räumen, wo die kirchlichen Gegenstände ausgestellt waren, gab es keine Abhilfe. Im Laufe der Jahre nahmen die baulichen Schäden überhand und gefährdeten durch Loslösung ganzer Decken- und Wandputzteile, durch Risse in Decken und Wänden, durch Wasserschäden — das Dach befand sich in sehr schadhafem Zustand — und durch Wasserrohrbrüche die Mitarbeiter und Sammlungen. Sie arbeiteten unter heute kaum vorstellbaren Bedingungen: Das Direktorzimmer, der einzige beheizbare Arbeitsraum, mußte im Winter mit dem Kastellan geteilt werden. Im Sommer hielt sich der Hauswart in einer daneben gelegenen, 18,2 m<sup>2</sup> großen, nicht beheizbaren Kammer auf, die Zugang nur durch das Direktorzimmer gewährte. Sie war Bibliothek, Laboratorium, Waschraum und Packraum in einem, der Kastellan mußte beim Ein- und Auspacken und bei allen ihn nach außen führenden Arbeiten das Direktorzimmer durchqueren oder aber im Winter direkt darin hantieren. Es war für den Direktor unmöglich, unter diesen Umständen einer wissenschaftlichen Tätigkeit nachzugehen!

Trotz der Übernahme von zwei Gewölbebögen unter der katholischen Kirche im Jahre 1886 und der Zumietung von zwei Räumen 1895 herrschte durch das schnelle Anwachsen der Bestände ein solcher Platzmangel, daß nicht mehr alle Gegenstände sichtbar aufgestellt werden konnten. Die Aufbewahrung in Kisten blieb die einzige Möglichkeit. Auf die Erwerbung größerer Stücke mußte häufig fehlender Aufstellungs- und Unterbringungsmöglichkeiten wegen trotz großer Bedeutung verzichtet werden. In der Bibliothek reichten die Regale fast bis zur Decke, wegen der geringen Raumkapazität konnte nicht erweitert werden. Eine übersichtliche und handliche Aufstellung wurde unmöglich (Denkschrift vom 1. Februar 1904).

Bereits im Jahre 1892 beriet der Museumsausschuß über Möglichkeiten, dem Provinzialmuseum ein eigenes Haus zu verschaffen. Ein Legat in Höhe von 50 000 M, das ein Stärkefabrikant als Beitrag zum Bau eines Museums für die Stadt Halle ausgesetzt hatte, und die Bereitschaft der Stadt, einen Bauplatz zur Verfügung zu stellen, schienen eine gute Grundlage, gemeinsam mit der Stadt Halle ein Haus zur Aufnahme eines städtischen und des Provinzialmuseums zu schaffen. Woran dieser Plan scheiterte, läßt sich nicht verfolgen.

Drei Jahre später nahm J. Schmidt Verbindung mit dem Märkischen Museum in Berlin auf, um sich über Planung und Kosten dieses Museumsneubaues zu informieren. Zu dieser Zeit war jedoch an Finanzierungsmöglichkeiten nicht zu denken. Auf die Tagesordnung kam der Plan erneut und sehr dringlich 1903, als Prof. Dr. Lindner den Ausschußmitgliedern mitteilen mußte, daß die preußische Regierung die Museumsräume bereits zum Jahre 1910 kündigen wollte. Es boten sich zu dieser Zeit zwei Möglichkeiten, die beide nicht genutzt werden konnten. Im November 1903 beriet der Rat der Stadt Halle über den Ausbau der Moritzburg zu Museumszwecken. Ein Flügel hätte dem Provinzialmuseum zur Verfügung gestanden. Da die gesamte Nutzfläche ohne Keller nur 2815 m<sup>2</sup> ergeben, das Provinzialmuseum nach Berechnungen von Dr. O. Förtsch aber mindestens 1500—2000 m<sup>2</sup> gebraucht hätte, kam eine Beteiligung nicht in Frage.

Der zweite Plan scheiterte ebenfalls. Die Stadt Halle hatte den Gebäudekomplex der Domäne Giebichenstein vom königlichen Fiskus erworben und reagierte negativ auf die Anfrage des Landeshauptmanns Bartels, ob der Provinzialverband auf dem Gelände der früheren Domäne ein Gebäude zur Unterbringung des Provinzialmuseums errichten könne. 1904 wandte sich die Historische Kommission mit einer Denkschrift über die Zustände im jetzigen Provinzialmuseum an den Landtag. O. Förtsch trug selbst seinen Bericht in der Provinzialausschußsitzung vom 5. März 1904 vor. Er forderte einen Neubau in größerer Ausdehnung „in der Überzeugung, daß sich unser Provinzialmuseum zu einem Lehr-

institut auswachsen wird, welches das Beweismaterial unserer Kulturentwicklung in reicher Fülle bietet zum Studium des Alten und als Anregung, Neues zu schaffen“ (Nr. 11 der Tagesordnung zur Prov.-Ausschußsitzung vom 5. 3. 1904). Es sei eine Fläche von mindestens 1 500 bis 2 000 m<sup>2</sup> notwendig, die Wohnung des Museumswartes ausgeschlossen. Dabei behielt er in seiner Konzeption die alte Ausstellungsweise bei, in der alle Fundstücke gezeigt und ausgestellt werden. Ein Magazin war nicht eingeplant.

1906 stellte der Provinzialausschuß 10 000 M zur Verfügung, um den Bau vorzubereiten (Korr.-Bl. 54, 1906, Sp. 195). Eine Kommission wurde eingesetzt, die mit Hilfe von Sachverständigen einen Entwurf ausarbeiten sollte. Zwei Jahre später beriet der Provinziallandtag über den von der Stadt Halle zur Verfügung gestellten Platz. Es handelt sich dabei um das heutige Grundstück, das aus fünf von der Stadt unentgeltlich und frei von Straßenausbaukosten angebotenen ausgewählt worden war. In diesem Stadium der Verhandlungen begannen die ersten Schwierigkeiten im Landtag, da die Abgeordneten angesichts der bevorstehenden großen Ausgaben aufmerksam wurden. Kritik wurde geübt an der Uferlosigkeit des Sammelprogramms des Museums. Redner forderten die Förderung der kleinen Museen und Sammlungen, die weitaus nützlicher für die Allgemeinheit seien als die großen, die vorrangig Fachleuten Gewinn brächten. Es wurde mit Entschiedenheit die Beschränkung auf die Vorgeschichte gefordert. Die großen Absichten, ein Kulturmuseum im weitesten Sinne für die Provinz zu schaffen, die der Vorsitzende der Historischen Kommission in seiner um Zustimmung werbenden Rede entwickelt hatte, wurden dann auch Anlaß zur Ablehnung des Antrages (Giesau 1926, S. 390).

Die Historische Kommission und der Museumsausschuß lehnten eine totale Beschränkung auf die Vorgeschichte ab. Das Provinzialmuseum sollte über die Pflege, Bewahrung und Vergrößerung der vorgeschichtlichen Bestände hinaus berechtigt sein, seine bereits vorhandenen Bestände anderer Art gelegentlich zu ergänzen und auch Ankäufe wertvoller Stücke nicht vorgeschichtlicher Art zu tätigen (Korr.-Bl. 56, 1908, Sp. 395). 1910 konnte dem Provinziallandtag ein Bauprogramm vorgelegt werden, dem die von der Historischen Kommission beschlossene Aufgabenstellung für das Museum zugrunde lag. Es sah neben großzügigen Möglichkeiten zur Aufstellung der vorgeschichtlichen und fachgeschichtlichen Bestände Räume vor für die Historische Kommission, für den Thüringisch-Sächsischen Verein, für einen Vortragssaal, für Werkstätten, Büros und eine Kastellanwohnung. Für Ausstellungszwecke waren 1 600 m<sup>2</sup> eingeplant.

Mit knapper Mehrheit wurde der Antrag zum Bau eines neuen Provinzialmuseums vom XXV. Provinziallandtag am 14. März 1910 angenommen. Der Kostenbeitrag betrug für den Bau 450 000 M, für Innenausstattung und Einrichtung 75 000 M (Korr.-Bl. 58, 1910, Sp. 154).

Die Ausarbeitung der Baupläne übernahm zunächst Landesbaurat Ruprecht aus Merseburg (Korr.-Bl. 58, 1910, Sp. 538). Inzwischen hatte die Provinzialverwaltung jedoch als Berater den Privatdozenten und Assistenten am Provinzialmuseum Hannover H. Hahne nach Halle berufen, der seinem Programm entsprechend einen neuen Bauplan entwarf. Durch einen Architektenwettbewerb konnte die Ausführung des Baues Prof. W. Kreis aus Düsseldorf übertragen werden (Giesau 1926, S. 392).

Im Herbst 1911 wurde mit dem Bau begonnen. Um die Arbeitsräume des nach Halle zu versetzenden Provinzialkonservators anschließen zu können, bewilligte der Provinziallandtag in seiner Sitzung vom 18. März 1912 eine zusätzliche Summe von 145 000 M für einen nördlichen Anbau, der im Erdgeschoß die Hauswartswohnung, im ersten Stockwerk die Büroräume des Konservators aufnahm.

Am 30. Juli 1912 erfolgte die Übergabe des neuen Museums, mit dem die Provinz Sach-

sen das erste große, moderne Museum für die deutsche Vorgeschichtsforschung erhielt. Das alte Provinzialmuseum schloß seine Pforten am 1. Oktober 1912 für immer. Mit der Fertigstellung des neuen Gebäudes endete auch die langjährige Zusammenarbeit von Museum, Verwaltungsausschuß und Historischer Kommission. Durch Beschluß des Provinziallandtages schied das Museum 1914 aus dem Geschäftsbereich der Historischen Kommission aus.

### Literaturverzeichnis

- Behrens, H., 150 Jahre prähistorische Sammlungs- und Forschungstätigkeit in Halle an der Saale. *Jshr. mitteldt. Vorgesch.* 57, 1973, S. 7—10.
- Dannehl, G., Julius Schmidt. Ein Lebensbild. Halle 1899.
- Förtsch, O., Museum für heimatliche Geschichte und Altertumskunde der Provinz Sachsen. In: *Führer durch Halle a. d. Saale und seine staatl. und städt. Einrichtungen und Anstalten.* Halle 1900, S. 79—80.
- Förtsch, O., [Begrüßung und Vortrag.] *Corr.-Blatt dt. Ges. Anthrop., Ethnol. und Urgesch.* 31, 1900 (1901), S. 77.
- Förtsch, O., Nachruf für Hans von Borries. *Jshr. Vorgesch. sächs.-thür. Länder* 1, 1902.
- Förtsch, O., Auszug aus dem Jahresbericht des Provinzial-Museums für heimatliche Geschichte und Altertumskunde der Provinz Sachsen in Halle a. S. 1904/05. *Jshr. Vorgesch. sächs.-thür. Länder* 4, 1905 a, S. 1—3.
- Förtsch, O., Das Hallesche Altertumsmuseum. (Museum für heimatliche Geschichte und Altertumskunde der Provinz Sachsen). In: *Wohlrabe und Storbeck, Lesebuch für berg- und hüttenmännische Fortbildungsschulen.* Leipzig 1905 b, S. 428—438.
- Giesau, H., Geschichte des Provinzialverbandes von Sachsen 1825—1925. Merseburg 1926.
- Gummel, H., Forschungsgeschichte in Deutschland. Berlin 1938.
- Hahne, H., Zum Geleit. *Veröff. Prov.-Mus. Halle* 1, 1918, S. I—X.
- Hahne, H., Zum Geleit. *Jshr. Vorgesch. sächs.-thür. Länder* 11, 1925, S. V—VII.
- Helmolt, Hans Christian Bodo Karl Friedrich August von Borries. *Biogr. Jb. und Dt. Nekrolog* VI, Berlin 1904, S. 164.
- Jahn, M., Die Entwicklung der Vorgeschichtswissenschaft in Halle. In: *450 Jahre Martin-Luther-Universität Halle—Wittenberg*, Bd. II, Halle 1952, S. 283—289.
- Kautzsch, R., Statt eines Vorworts. *Mitt. Prov.-Mus. Halle* 2, 1900, S. 1—2.
- Klopffleisch, F., *Denkschrift über die Bedeutung vorgeschichtlicher Forschungen innerhalb der Provinz Sachsen.* Merseburg 1878.
- Korr.-Bl. Gesamtver. dt. Gesch.- und Altertumsver.
- Lindner, T., Dr. Oscar Förtsch. *Jshr. Vorgesch. sächs.-thür. Länder* 4, 1905, S. III—VIII.
- Otto, K.-H., Das Landesmuseum für Vorgeschichte in Halle und seine Aufgaben. *Jshr. mitteldt. Vorgesch.* 33, 1949, S. 5—17.
- Reuß, K., Auszug aus dem Geschäftsberichte des Provinzial-Museums 1905/06. *Jshr. Vorgesch. sächs.-thür. Länder* 6, 1907 a, S. III—IV.
- Reuß, K., Auszug aus dem Geschäftsberichte des Provinzial-Museums 1906/07. *Jshr. Vorgesch. sächs.-thür. Länder* 6, 1907 b, S. IV—VIII.
- Reuß, K., Auszug aus dem Geschäftsberichte des Provinzial-Museums 1907/08. *Jshr. Vorgesch. sächs.-thür. Länder* 7, 1908, S. V—VII.
- Reuß, K., Auszug aus dem Verwaltungs-Bericht des Provinzial-Museums 1908/09. *Jshr. Vorgesch. sächs.-thür. Länder* 8, 1909, S. V—IX.
- Reuß, K., Auszug aus dem Verwaltungs-Bericht für das Jahr 1909/10. *Jshr. Vorgesch. sächs.-thür. Länder* 9, 1910, S. V—IX.
- Reuß, K., Aus dem Verwaltungsbericht des Provinzial-Museums für das Rechnungsjahr vom 1. April 1910 bis 31. März 1911. *Jshr. Vorgesch. sächs.-thür. Länder* 10, 1911, S. 1—20.
- Schmidt, J., Museum für heimatliche Geschichte und Alterthumskunde der Provinz Sachsen. In: *Die Stadt Halle a. S. im Jahre 1891. Festschr. Mitglieder und Teilnehmer* 64. *Vers. Ges. dt. Naturforscher und Ärzte, Halle 1891*, S. 392—396.
- Schmidt, J., Das Museum für heimatliche Geschichte und Alterthumskunde der Provinz Sachsen in Halle an der Saale. *Mitt. Prov.-Mus. Halle* 1, 1894, S. 1—17.

- Sitzungsprotokolle der Historischen Kommission für die Provinz Sachsen 1—38, 1876—1912.  
Sitzungsprotokolle des Verwaltungsausschusses des Provinzial-Museums der Provinz Sachsen  
1—28, 1884—1911.  
Virchow, R., [Schlußrede.] Corr.-Bl. dt. Ges. f. Anthrop., Ethnol. und Urgesch. 31, 1900 (1901),  
S. 154—155.

Anschrift: B. Rüster, Landesmuseum für Vorgeschichte, DDR — 4020 Halle (Saale), Richard-  
Wagner-Str. 9—10.